

## 2. Humanitäres Bleiberecht stärken

Vor drei Jahren war Österreich mit einer außergewöhnlichen Situation konfrontiert: Tausende Menschen durchquerten das Land auf ihrer Flucht, viele suchten hier Asyl und Schutz, die meisten zogen weiter nach Deutschland oder in andere Länder. Die Hilfsbereitschaft vieler hat es damals ermöglicht, dass sich Österreich als ein humanitäres Land mit hohem Verantwortungsbewusstsein bewährt hat. Neben sehr vielen Privatpersonen und Initiativen halfen die kirchliche Caritas, Pfarren und Ordensgemeinschaften der Allgemeinheit mit Quartieren für Asylsuchende und betreuten die Menschen.

Inzwischen ist die Zahl der Asylsuchenden deutlich zurückgegangen. Geblieben ist das große ehrenamtliche Engagement vieler für Asylsuchende und anerkannte Flüchtlinge. Dieser Einsatz ist nötig, damit Integration gelingen kann, und Österreich wird ihn weiter dringend brauchen. Die Bischöfe danken allen für die vielfältige Hilfe, sei es bei der Bewältigung der Alltagsorgen oder in Form von Integrations- und Sprachpatenschaften.

Immer häufiger kommt es zuletzt zu dramatischen menschlichen Situationen, wenn auf eine negative Asylentscheidung die Abschiebung folgt. Auch bei jenen, die Asylsuchende helfend begleiten, ist die Enttäuschung groß, und sie werden durch solche Entscheidungen vor den Kopf gestoßen. Viele ernsthafte Stimmen aus Gesellschaft, Wirtschaft und Politik plädieren für einen nüchternen und zugleich menschlichen Blick auf jedes einzelne Schicksal und für eine großzügige Anwendung des humanitären Bleiberechts. Die Bischöfe unterstützen dieses Anliegen ausdrücklich, vor allem wenn es sich um gut integrierte Familien handelt. Gleichzeitig plädieren die Bischöfe für eine verpflichtende Einbindung der politisch Verantwortlichen auf Ebene der Gemeinden und der Länder bei der Entscheidung über die Gewährung eines humanitären Bleiberechts.

Obwohl in der letzten Zeit die Zahl derer, die in Österreich Asyl suchen, stark rückläufig ist, haben sich der Ton in der Asyldebatte und der Vollzug der einschlägigen Gesetze verschärft. Wer Asyl sucht, darf nicht stigmatisiert oder gar kriminalisiert werden. Parteipolitisches Kalkül darf weder über das Recht noch über die Menschlichkeit dominieren. Aus christlicher Sicht ist klar: Asyl ist ein heiliges Recht und darf nicht zum Schimpfwort werden.